

Wir wollten mit Blockupy Frankfurt Solidarität mit den Kämpfen gegen die von Deutschland geführte europäische Krisenpolitik zeigen. Das ist uns gelungen, die beeindruckende europäische Beteiligung an der Demonstration am 19.5. machte das deutlich. Wir wollten in Deutschland selbst öffentlichen Streit um diese Krisenpolitik entfachen. Das ist uns nicht gelungen, sondern wir wurden im Wesentlichen als Bürgerrechtsaktion wahrgenommen. Und wir wollten einen Beitrag dazu leisten, dass die politische Dynamik in den europäischen Ländern sich angleicht. Ob uns das gelungen ist, wird sich erst daran zeigen, ob, wie und wo die Proteste weitergehen.

Vieles an Blockupy Frankfurt unterschied sich von bisherigen globalisierungskritischen Großaktionen. Es ging diesmal nicht um die Präsenz bei einem Großereignis, dessen Bedeutung sich von alleine erklärt, sondern um die Mobilisierung für ein selbstgesetztes Thema an einen selbstgesetzten Ort zu einem selbstgesetzten Termin. Politisch umfasste das Bündnis so gut wie alle Teile der Linken links von der SPD. Die Aktionen wurden von einer überschaubaren Zahl Aktiver getragen, die zwar durchweg sehr erfahren waren, aber fast ausschließlich ehrenamtlich arbeiteten. Alle gesellschaftlichen Großorganisationen bis auf die Partei Die Linke haben sich ferngehalten. Zwar gab es eine Unterstützung von gewerkschaftlichen Teilbereichen, aber sie wurde auf Apparatebene kaum wirksam. Es gab wohl DGB-intern deutlichen Druck gegen eine Teilnahme; um so bemerkenswerter ist die konsequente Haltung der GEW, die sich politisch deutlich zu den Aktionen bekannte. Auch die Grüne Jugend hat gegen eine unwillige Frankfurter und eine taktierend-zögerliche Bundespartei das Bündnis mitgetragen.

Zwar hatten alle Beteiligten mehr oder weniger klar eine größere Bündnisbreite gewünscht, aber ebenso war für alle immer unumstritten, dass Blockupy Frankfurt stattfinden würde. Die konkrete Zusammenarbeit im Bündnis war offen und vertrauensvoll, die Stimmung gut - meistens zumindest. Alle Aktiven haben große Verantwortung übernommen und viel geleistet, oft bis zur persönlichen Erschöpfung. Auch aus Attac gab es ein beeindruckendes Engagement, obwohl wir als Gesamtnetzwerk nicht zu den Aktionen aufgerufen hatten - bekanntlich gibt es unterschiedliche Einschätzungen zu Möglichkeiten und Stellenwert des Zivilen Ungehorsams. Attacies waren in praktisch allen Arbeitsfeldern präsent und oft in tragenden Rollen. Viele Kokreis- und Ratsmitglieder haben sich eingebracht, in den letzten Tagen zunehmend auch solche, die dem Aktionsansatz insgesamt eher skeptisch gegenüberstanden.

Im Bündnis hatte es von Beginn an die Vereinbarung gegeben, dass die drei Aktionsformen (Beanspruchung des Öffentlichen Raums, Blockade, Demonstration) als zusammenhängend, als "Gesamtkunstwerk" zu begreifen seien. Das bedeutete, dass gemeinsam Aktionsbilder und -zuschnitte für alle drei Elemente erarbeitet werden mussten. Üblicherweise gibt es dabei die Falle der sogenannten Gewaltdebatte, wo einige fürchten, die anderen wollten lediglich irgendwo was kaputtmachen, und die anderen davon ausgehen, dass die einen sich ohnehin nur distanzieren und sie der Polizei überlassen wollten. Diesmal wurde so diskutiert, dass Klarheit herrschte und Konsense entstanden. Die wurden von allen Beteiligten sehr eindeutig in ihre Spektren vermittelt, was sicherlich dazu beigetragen hat, dass die Aktionen vor Ort so abliefen, wie es vereinbart gewesen war. Dennoch war dafür vor allem bei der Demonstration am Samstag die unglaubliche Disziplin der TeilnehmerInnen ausschlaggebend.

Offensichtlich hat Blockupy Frankfurt für die Gegenseite einen Nerv berührt. Eine Stadt, die sich unmittelbar nach der Ankündigung von zwei Tagen Zivilem Ungehorsam auf den Notsatnd vorzubereiten beginnt, eine Versammlungsbehörde, die offen rechtswidrig alles tut, um Grundrechtswahrnehmungen unmöglich zu machen, eine Polizei, die Gefahrenprognosen frei erfindet, ein Gericht, das sie daran nicht hindert - wir wurden von der Wucht unseres "Erfolges" etwas unvorbereitet getroffen. Wir hatten juristische Probleme erwartet, auch Teilverbote, nicht aber die viertägige Verwandlung einer ganzen Stadt in eine grundrechtsfreie Zone. Deshalb wird es wichtig sein, dass wir das auch nach der Durchsetzung des Demonstrationsrechts während der

Aktionstage nicht auf sich beruhen lassen. Öffentliche Aktivitäten von Blockupy Frankfurt im Herbst werden unseren Anspruch auf den Öffentlichen Raum untermauern und der Vorschlag eines Blockupy 2013 findet viel Zustimmung. Auf dass der Widerstand gegen die Politik der EZB und der Troika sich in Frankfurt festsetze!